

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Hauptstr. 23 und Neugasse 2,  
Postadresse: 69035 Heidelberg, Postf. 10 45 60, Internet:  
<http://www.rnz.de>. Erscheint werktäglich in 10 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 3 80, Fax 5 19 - 3 85.  
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 2 51, Fax 5 19 - 2 06.  
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 1, Fax 5 19 - 2 17.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

RNZ, 20.5.2010

## Stadt soll Betreuungsplätze selbst schaffen

*Jugendhilfeausschuss stimmt mit Bauchschmerzen für Kita-Planung 2010/11 – Hort in der Lutherstraße bleibt*

Von Götz Münstermann

Parteiübergreifend verlangen die Stadträte im Jugendhilfeausschuss, dass die Stadtverwaltung konkrete Berechnungen für einen schnelleren Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze vorlegen soll. Trotz Vorbehalte stimmten sie der Planung für das kommende Kindergartenjahr zu. Die Neuenheimer Hort-Verlagerungspläne sind zudem Geschichte: Nach den Protesten der Eltern stimmte das Gremium des Gemeinderates für den Erhalt der 40 Hortplätze in der Lutherstraße.

Die wichtigste Sitzung des Jugendhilfeausschusses in diesem Jahr hätte mit einem Paukenschlag enden können: eine Zurückverweisung der „Örtlichen Bedarfsplanung“ für Krippen, Kindergärten und Horte an die Verwaltung stand im Raume. Das hatten die Bündnis-Grünen um Beate Deckwart-Boller kurz vor der Sitzung beantragt. Und auch SPD-Fraktionschefin Anke Schuster sagte, die erste Reaktion auf diese Planung sei gewesen: „Dem stimmen wir nicht zu, wir sind es leid, dass nichts passiert.“ Denn erneut wurden zu wenig neue Krippenplätze geschaffen. Deshalb verlangt die SPD, dass in einem „Akti-



Linderung der Not in Neuenheim: Der neue zweisprachige DAJ-Kindergarten in der Kuno-Fischer-Straße bietet jetzt 60 Plätze. Foto: Hoppe

onsplan“ bis August 2011 45 Prozent, bis August 2012 50 Prozent aller Kinder die Chance auf einen Betreuungsplatz haben. Die Bündnis-Grünen fordern, dass die Stadt bis 2011 selbst 250 neue Krippenplätze einrichtet.

Tatsache ist: Statt 300 wurden in den vergangenen beiden Jahren nur 89 neue Krippenplätze geschaffen. Bis Sommer 2011 sind 139 weitere geplant. Das Jugendamt spricht auch von Träger-Anfragen für weitere 350 Plätze bis 2013. Doch schon in der Vergangenheit blieb die Zahl der tatsächlich geschaffenen Plätze unter den Plänen oder Anfragen.

„Die Stadt wird nicht aktiv“, wirft Schuster den Verantwortlichen vor, und so verlangen die SPD, wie auch die Bündnis-Grünen und die Grün-Alternative Liste (GAL), dass Heidelberg selbst Geld in die Hand nimmt, statt freie Träger bei den Betriebskosten und Umbauten zu unterstützen. Doch bleibt die Frage: Was würde das kosten? Bis zur Juli-Sitzung muss das Jugendamt mit der Kämmerei nun Zahlen vorlegen, was Heidelberg mehr an Geld ausgeben müsste, wenn die Stadt eigene Krippenplätze anböte. Eigentlich besteht auch Bedarf, Kindergartenplätze aufzubauen.

Denn in Neuenheim und gerade im benachbarten Handschuhsheim gibt es so wenig Kindergartenplätze, dass die Stadt den Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz nur „stadtweit“, nicht aber im Stadtteil – also im Lebensumfeld der Familien – erfüllen kann. Die Not lindert hier das Deutsch-Amerikanische Institut, das gerade in der Kuno-Fischer-Straße seinen zweiten zweisprachigen Kindergarten mit 60 Plätzen eröffnet.

Doch das genügt bei weitem nicht. Deshalb wollte das Jugendamt den städtischen Hort in der Lutherstraße schließen und die Räume für 30 Kindergartenkinder nutzen. Für die Hortkinder sollte an der Mönchhofschule umgebaut werden, damit sie dort betreut werden können. Dagegen liefen die Eltern Sturm und fanden in allen Gemeinderatsfraktionen Unterstützer: Betreuung im Hort und in der „Verlässlichen Grundschule“ nebeneinander „haben sich bewährt“, so GAL-Vertreterin Susanne Bock. Die Hort-Eltern erreichten, dass ihre 40 Kinder weiterhin zusammen mit Kindergartenkindern fern der Schule betreut werden. Und der Jugendhilfeausschuss war sich einig: Auch wenn man die Wahl „zwischen Pest und Cholera“ (SPD-Rat Thomas Krezal) habe: Etwaige Proteste der Kindergarteneltern, weil deren Kinder nicht unterkommen, werde man dann aushalten und zu dem Beschluss stehen müssen.

In der Juli-Sitzung des Ausschusses soll es jetzt um das Geld, die Konzepte und die Verantwortung gehen. Denn ab Oktober wird der Haushalt für 2011 und 2012 verhandelt – und da wird dann über Betreuungsplätze entschieden.